



glaube, der einer vernünftigen Verschreibungweise der Arznei-Plätze zu machen hätte. Scharf kritisierte Redner den bis in die Zeitigkeit bestehenden Hypothekenschwindel beim An- und Verkauf von Apotheken. Nur ein einheitlicher Rezepturrabatt und eine einheitliche Handverkaufsstelle für alle Kassen Deutschlands seien die einzigen Mittel zur Besserung dieser schlechten Verhältnisse, die gleichzeitig auch geeigneter wären, den übertreibenden Forderungen der Apothekenbesitzer entgegen zu treten. Zum Schlus wendete sich der Redner noch gegen eine Erhöhung der Konzölle, die eine Verschlechterung der Lebenshaltung weiteren Schichten der Bevölkerung im Gefolge haben werde und damit auch den Krankenkassen zum Schaden gereichen müssten und schließt mit der Aufforderung, daß die Parole aufrecht erhalten werden müsse: "Die Freiheit der Selbstverwaltung der Krankenkassen darf nicht angefetzt werden." (Großer Beifall.)

Die lebhafte benutzte Diskussion bewegte sich in einem, dem Referenten meist zustimmenden Sinne, worauf fast einstimmig folgende, vom Referenten beantragte Resolution angenommen wurde:

"Der Kongress beauftragt eine von dem Vorort, der Leipziger Orts-Krankenkasse, und der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins zu stellende Kommission von sechs Mitgliedern, die das Recht der Kooperation hat, in Beratungen über einheitliche Gestaltung der Krankenkassenstatistik und über eine möglichst einheitliche Regelung der Arzt- und Apothekerverhältnisse einzutreten. Das Resultat der Verhandlungen dieser Kommission ist in Gestalt von Diskussionsvorschlägen entweder dem Protokoll dieses Verbandstages oder als Sonderdruck den Krankenkassen zur Kenntnis zu bringen."

Auf Antrag Prinz-Röttels wurde ferner beschlossen, der Zentralverband möge petitionieren, daß die Krankenkassenmehrten der Krankenkassen die Pflege der Statistik zur Pflicht macht nach einem allgemeinen, vom Bundesrat aufzustellenden Schema. Dessen Aufstellung soll nach Anhörung der Zentralkommission und des Centralverbandes erfolgen.

Auf die Beschlüsse betreffend die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes wird zunächst kommen sein, wenn die bezügliche, in Aussicht stehende Novelle vorliegt.

Zur Apothekerfrage wurde folgende, von den Berliner Delegierten beantragte Resolution angenommen:

1. Alle deutschen Krankenkassen (mit Ausnahme der lübbischen) werden aufgefordert, an ihre zuständigen Regierungen eine Petition zu richten, dahingehend, daß in die amtlichen Arzneitaten eine Begriffsbestimmung der Worte „Rezept“ und „Rezeptur“, wie sie in der Lübecker Arznei bereits enthalten ist, aufgenommen und zugleich bestimmt wird, daß nur in der Rezeptur die Säze der Taxe gefordert werden dürfen.

2. Beim Bundesrat soll angerufen werden, daß die Liste der dem freien Verkehr überlassenen Arzneimittel eine wesentliche Erweiterung erfährt und der Verkauf sämtlicher Mittel, welche gegenwärtig bereits einzeln abgegeben werden dürfen, aus in Mischung gestaltet wird.

3. Die deutschen Krankenkassen werden aufgefordert, bei der Reichsregierung zu petitionieren, daß der Betrieb der sogenannten Arzneipecialitäten in Originalpackung den Droguengeschäften insoweit freigegeben wird, als diese Medikamente keine starkwirkenden Stoffe enthalten.

4. Bis zur Zulassung von Kosmetopenika bzw. bis zur Verstaatlichung der Apotheken soll eine Reichs-Arbeitskraft für die Krankenkassen aufgestellt werden. In derselben sollen auch die Verzugspreise für Entnahmen größerer Dosen vorgesehen werden.

5. Bei sämtlichen Bundesstaaten soll petitioniert werden, daß die Krankenkassen berechtigt sein sollen, ein bis zwei Delegierte in die Tarifkommission zur Herausgabe der ständigen Arzneitaten zu entsenden.

Ferner wurde auf Antrag der Berliner Zentralkommission beschlossen:

"Wenn Patienten für Rechnung einer Krankenkasse in einem Krankenhaus aufgenommen werden und sich Kur und Verpflegung über die Unterstützungsduer hinaus für Rechnung der Arzneidirektion nötig machen, so darf damit keine Verhinderung des bürgerlichen Rechte des Kranken verbunden sein.

Außerdem spricht der Kongress den im Kampfe gegen die Apotheker stehenden Krankenkassen von Berlin und Vororten seine volle Sympathie aus und erklärt das Verlangen einer Gewährung von Rezepturrabatt für durchaus notwendig."

Schré eingehend besprochen wurde auch das Thema: "Die Krankenversicherung und die Arbeiterwohnungsfrage", worüber Adolat Dr. Mayer-Franckenthal in eingehender und interessanter Weise referierte. Da wir gelegentlich die Wohnungsfrage für die Arbeiter beprechen werden, beginnen wir uns heute mit der Wiedergabe der auf Antrag Dr. Friedebergs beschlossenen Resolution:

"Die Versammlung stimmt den vom Referenten aufgestellten Forderungen ideeller Natur betreffs Beteiligung der Krankenkassen an der Lösung der Wohnungsfrage, speziell betreffs der Wohnungsaufschaffung völlig zu, stellt aber fest, daß die Frage der Einsetzung finanzieller Mittel dafür seitens der Krankenkassen zu einer endgültigen Beschlusshaltung noch nicht genügend gefärt ist."

Auf die Tagesordnung des nächsten, in Hamburg stattfindenden Kongresses soll das Thema: "Altkobol und Krankenkassen" gelegt werden, ferner: "Arztkosten-Berordnungsweise unter Zugrundelegung des Dr. Döschner'schen Arzneimittelbuches", das sich in München bereits gut bewährt hat. Als geschäftsführende Kasse für die nächsten drei Jahre wurde die Orts-Krankenkasse in Leipzig bestimmt.

## Aus unserem Beruf.

Berlin. Die Einleiter der Földschuhfabrik von Schweizer, Gleinkstr. 17, haben wegen Lohnstreitigkeiten, die anlässlich eines neuzeitlichen Artikels entstanden sind, die Arbeit niedergelegt.

Oberhausen. In den Schuhfabrik von Wezel sind Differenzen ausgebrochen. Den Arbeitern an den Fräse- und Abfahrmaschinen wurde pro Tagend 6 Pf. abgezogen, was einen wöchentlichen Verlust von 9,80 M. ausmacht. Und die Löhne der Guischeder wurden reduziert. Sowohl organisierte Kollegen waren damit jedoch nicht einverstanden und fanden sofort Weitere Nachrichten folgen.

Stettin. Da Differenzen bei Gebr. Löwenstein ausgetragen sind, so löten die den Zugang nach hier fernzuhalten.

In Lübeck bei Glücksburg sind die in der dortigen Schuhfabrik von Kahn ausgebrochenen Differenzen wieder beigelegt worden, aber leider zu ungünstigen Konditionen. Der Fabrikant Kahn macht über den Fall dem „Schuhmarkt“ folgende Mitteilungen: „Ich kündigte einem Maschinenarbeiter (Schnittpolterer) ordnungsgemäß, da keinerlei von seiner Arbeit weggeschlagen war, ohne dies gemeldet, noch ich Urlaub genommen zu haben, noch 1½ Stunde weiterlebte. Diese Kündigung wollte der betreffende Arbeiter nicht annehmen und rief den Arbeiter-Ausschuß um seinen Beifall an, welcher er durch die Kündigung eine Maßregelung vermutete. Der Arbeiter-Ausschuß forderte nun von mir die Zurücknahme der fraglichen Kündigung, welche ich jedoch verwirte. Da ich inzwischen aus der Presse ersehen hatte, daß sämtliche bei mir beschäftigten organisierten Arbeiter eine Massenkündigung vornehmen wollten, so mache ich durch Anschlag in meinem Betriebe bekannt, daß ich nichts einzuwenden hätte, wenn diejenigen, welche zu kündigen beabsichtigen, ihre Arbeit sofort niederlegen würden. Daraufhin wurde der Arbeiter-Ausschuß nochmals bei mir vorstellig, und da ich aus meinem Standpunkt verbarke, traten die gesamten Zwicker und 6 Arbeiter des Maschinenhauses am Sonnabend, den 6. Oktober in den Ausstand. Nachdem die Streikenden sahen, daß ich nicht nachgab, nahmen dieselben am Mittwoch, den 9. Oktober, früh 8 Uhr, natürlich unter Ausschluß des Betriebsen, die Arbeit wieder auf.“ Ghe wir uns dazu äußern, möchten wir hören, was unsere Augauer Kollegen zu dieser Darstellung sagen.

Letzig. Die angekündigte Lohnreduktion bei der Firma Burkhart u. Sohn ist unterschlagen, jedoch hat eine andere Arbeitsgruppe stattgefunden, welche einen kleinen Nachteil für die Kollegen bedeutet.

Geschäftsstätte der Schuhindustrie. Die zwei Schuhfabriken in Jatzlow sind nach dem Bericht eines Fabrikantenblattes gut beschäftigt. Ihre gesamte Tagesproduktion beträgt 500 Paar.

In Berlin ist die Schuhfabrik der Firma Gebr. Kallmann in neue, wesentlich vergrößerte Geschäftsräume verlegt worden.

Die Vereinigten Frankfurter Schuhfabriken in Nürnberg haben ihren Filialbetrieb im Dorf Weitendorf wegen Mangels an geeigneten Arbeitspersonen wieder aufgegeben. Daraus waren wohl der dortigen bürgerlichen Bevölkerung die von der kreativen Arbeitsgemeinschaft geschafften Löhne gar zu gering? Am Niederberg sind nach einem Bericht von dort die Schuhfabriken sehr schwach beschäftigt. So lange die Einfließindustrie droht liegt, ist an eine Besserung der allgemeinen Lage nicht zu denken. Arbeitserlassungen und Kündigungen sind an der Tagesordnung und ist auch wenig Hoffnung vorhanden, daß die Fabrikation sich hebt.

Für die Erhöhung der deutschen Schuhjölle wirken nun auch die Innungen. Auf dem in Berlin gefundenen Verbandstage des „Buntes deutscher Schuhmacherinnung“ wurde die drohende amerikanische Schuhinvadion auch für das Handwerk als sehr gefährlich erklärt und für Schuhwaren im Gewicht von über 1200 Gramm pro Paar eine Zoll von 100 M., unter 1200 Gramm von 300 M. per Doppelzollmutter gefordert. Damit ist der Fabrikantenbedarf, der im Maximum „nur“ 200 M. fordert, noch um einige Verlängerungen überholzt. In einer von den angenommenen Resolution wird ausgedrückt, die Negierung möchte einschließlich den amerikanischen Schuhjölle in ihrem Tarifentwurf aufzunehmen, „da die Einführung aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Ausnahmegesetz für die gesamte deutsche Schuhindustrie bildet“. Die Innungsleute wollen ferner in der nächsten Zeit an allen Orten Versammlungen abhalten, um genau zu ermitteln, inwieweit die Einführung ausländischer, besonders der sogenannten amerikanischen Schuhwaren das einheimische Schuhmachergewerbe schädigt und ob im Interesse der Schaltung und Förderung des Schuhmachershandwerks eine Erhöhung der im neuen Tarifentwurf vorgesehene Zolle notwendig erscheint. — Zur Bedeutung dieses einleitigen Vorgehens in Sachen der Zollfrage seiens der Fabrikanten wie der Handwerksmeister möchten wir darauf hinweisen, daß sie die andere Seite der ehemaligen Polizeipolitik, die Erhöhung der Zölle auf die Produkte der Schuhindustrie, ganz vernachlässigen und so auch die eventuell darunter liegenden Belastungen derselben übersehen. Wir werden nächstens darauf zurückkommen.

Die Ans- und Auslandspreise der deutschen Fabrikäfrikten. Vom aller anderen Berücksichtigungen an den Schuhfabriken wird definitiv der Augschat doch noch häufig fabriziert und da ist es nun interessant, in dem Bericht einer ausländischen Handelskammer zu lesen, daß sich die deutschen Fabrikäfrikten zu einem Syndikat vereinigt und die Preise um 15 Prozent erhöhten, jedoch nur für das Land, für Deutschland, während sie im Ausland zu fortwährend niedrigeren Preisen verkaufen. Diese durchaus verfehlte Praxis kann durch eine extreme Zollpolitik nur gefordert werden.

Von einer Unterstützung einer Zentrallehrwerkstatt für das Schuhmachersgewerbe wolle der neue Handelsminister Möller „für Zeit“ nichts wissen, wurde auf dem Verbandstage der verbindlichen Schuhmacherinnungen berichtet. Man wolle den Plan trocken weiter verfolgen. Das ist einmal ein guter Gedanke, dem auch wir baldigere Vermischung wünschen.

Byzantinismus unter Fabrikäfrikern. Im „Schuhmarkt“ lesen wir, daß in den Ingolstädter Schuhfabrik in Erfurt ein „Männergesangsverein Eduard Lingel“ existiert, der aus Arbeitern der Fabrik besteht und sich täglich eine neue Fahne angemietet hat. Das Fabrikantenblatt stellt sich in seinem darüber freudig überreuelten Kapitalistensegen folgendes schönes Zeugnis aus: „Fröhne und Verein sind untrügliche Zeichen von den gesunden Verhältnissen in der genannten Fabrik. Denn nur der zufriedene Arbeiter hat Sinn und Lust zur fröhlichen Übung.“ — Der hier verwirklichte neue Gedanke, eigene Fabrikäfrikengesänge zu gründen und sie mit dem Namen des Fabrikanten zu versehen, wie die Regelmässig nach dem Namen ihrer Inhaber benannte werden, kann sich noch recht fruchtbar entwickeln. Einmal braucht man beim Chor nicht stehen zu bleiben, man kann weiter gehen und auch einen „Verein für Eduard Lingel“, einen „Regallitus Eduard Lingel“, einen „Bauchtrichterclub“, einen „Spießhelderclub“, immer mit dem Namen des „Herrn Direktors“ versehen, gründen. So kann der Gewerbe auch an andere Orte verpflanzt werden. In Berlin könnten die guten Arbeitnehmer einen „Arbeitswilligenclub Spießhövöly“, in Breslau einen „Stallclub Julius Glas“, in Bamberg einen „Stierclub Kommerzienrat Heinrich Man“, gründen etc. Sind die Mitglieder des Ingolstädter Gesangvereins auch Mitglieder des Vereins deutscher Schuhmacher? Könnte nicht in diesem Verein das Bedürfnis nach Gesangsgesänge befriedigt werden, wobei ohne Mühsal auf die Fabrik, in der man arbeitet, alle Kollegen einträchtig und ohne Sonderheit zusammenwirken könnten? Die in jenem Gesangverein sich befindenden Sonder-

und Lassenbestrebungen sind für die Arbeiter im höchsten Grade verderblich, sie beruhen auf dem demagogischen Grundsatz der räumlichen Herrschaft: „Soile und hertha!“, um mit aller Leid fertig zu werden, und wir wünschen daher dringend, daß die Kollegen bei Lingel ihre modernen Arbeitern unwürdige Sonderbestrebungen aufheben. Zu dem Unfink des „Schuhmarkts“ daß nur „zufriedene Arbeiter Sinn und Lust zur fröhlichen Übung“ haben, bemerken wir, daß gerade die sehr häuslich versumpft und abgekümmert, am allerkleinsten Verlangen umgestrahlte Arbeiter, der Kämpfer, der sich die nötige Muße und die nötigen Mittel erschafft, um „fröhliche Übungen“ zu geben können, der der Blöde und das höchststehende Mitglied seiner Klasse ist. Die hunderte und tausende freier und leistungsfähiger Arbeiter-Sangesänger, von denen der „Schuhmarkt“ offenbar noch nichts gehört hat, sind für die Richtigkeit unserer Behauptung lebendige Beweise. Um zu finden, muss man nicht auch noch die Reihen der Lohnmähdichtung mitziehern und den Fabrikanten als den unvermeidlichen „Schuhpatron“ allgegenwärtig haben. Frei wollen wir sein, das ist unter Kampfespiel.

Deutschlands Aufwandsanstalt in Schuhwaren betrug im Monat August 613 Doppelzollmutter, wovon 46 „große Schuhwaren“ in der Einzahl 84, wovon 418 „große“, in der Auszahl 6. Solche als solche als Veder oder in Verbindung mit solchen gewesen, während von den exportierten Schuhwaren über die Hälfte „große“ waren.

Konturk in der deutschen Schuhindustrie. Die Firma Lichtenstein u. Co. in Düsseldorf ist nun doch in Konkurs geraten und war mit einer Unterblanz von 500 000 M., was bei dem nur zweijährigen Bestande der Firma eine ungeheure Schuldenlast bedeutet; die Gläubiger durften etwa 20 Prozent ihrer Forderungen erhalten. Ferner Somogyvar u. Co. (Inhaber Mandelbaum) mit etwa 70 000 M. Aktiven und 100 000 M. Passiven, zog nach erzieltem Vergleich ihren Gläubigern 60 Prozent; Uhl, Schuhfabrikant in Birkenfeld; Eder, Schuh- und Pantoffelmauer in Bingen mit 386 M. Aktiven und 4053 M. Passiven; Schwarz jun., Schuhfabrikant in Birkenfeld, mit etwa 90 000 M. Passiven, standte wegen Zahlungsfälligkeiten im Betrage von 30 000 M., wurde aber in Basel verhängt; Schwarz, Schuhfabrik in Rüsselsheim mit 25 338 M. Aktiven und 45 930 M. Passiven; Maria Albrecht, Schuhfabrikantin in Bensheim mit etwa 20–30 000 M. Aktiven; Kruse, Schuhfabrikant in Bremen; im Konkurs stehender betragen die Aktiven 27 000 M., die Passiven 36 000 M.; Lindemann u. Noll, Schuhfabrikant in Offenbach a. M. mit 40 000 M. Passiven und geringen Aktiven.

## Die Arbeitslosenversicherung.

Es ist eitelich zu bemerken, daß der Gedanke der Arbeitslosenversicherung die Gewerkschaften immer intensiver beschäftigt, immer mehr an Ausbreitung gewinnt, in daß wohl bald zu hoffen sein dürfte, daß auch die leichten Bedenken gegen die Erhöhung verschwinden werden. Allerdings hat es sehr starke Sorge bedurft, um die Meinungsverschiedenheiten bezüglich dieses Punktes zur Klarung zu bringen und da hat wohl die sich seit zwei Jahren schon herabsetzende Krise ihren Hauptteil mit dazu beigetragen. Jetzt nun, nachdem die Krise mit ihrer ganzen Wucht über die Arbeitschaft hereingebrochen ist, ist es eine plötzliche Erleichterung über das, was man hätte thun sollen, dass man aber aus rosigem Optimismus unterlassen hat. Und so scheitert die Krise auch diesmal mit ihrer unerträlichen Grausamkeit durch ganze Schichten der Arbeiter hindurch, die in Rot und Gelb zweifeln, aber doch nutzlos diesem Bildernim der kapitalistischen Wirtschaftswelt gegenüberzutreten. Wie gern würde man jetzt die Not ein wenig lindern, aber leider hat die große Masse der Organisation indirekt gegenüber gestanden und sowohl dies nicht mit Erfall, deren Einschätzung nicht die genügende Beachtung gefunden.

Was sind denn nun noch die eigenlichen Bedenken, die so viele unter uns veranlassen, der Sache nicht glauben zu stimmen zu fassen, trotzdem sie diese selbst für wichtig halten? Man traute einem großen Teile unserer Mitglieder eben den Opfern des Organisationsgegners nicht zu, statuieren man sieht sich vom Egoismus zu lebendig lästigt. Es ist eben ein großer Teil Kollegen unter uns, die da glauben, mit den Gefahren der Arbeitslosigkeit nicht begnügt zu werden und bei diesen wird man auch die Abneigung gegen solche Einschätzungen in allererster Linie zu suchen haben, dort man doch oft die Worte: „Wenn ich keine Arbeit habe, nützen mir die zwar Marx auch nichts.“ Abgesehen davon, daß doch eine gute Sache erst einen Anfang haben muß, um dann immer mehr ausgebaut zu werden. Grase diejenigen, denen es noch leichtlich wohl geht, glauben eben, anderen Kollegen geht es ebenso, oder sie wären in der glücklichen Lage, in Fällen der Arbeitslosigkeit von etwas Etappieren zu ziehen. Ferner wird vollständig übersehen, welches Hindernis die Arbeitslosigkeit dem Vorausdringen der Arbeit in Bezug auf ihre Bedeutung bietet. Sie will gar nicht besonders darauf hinweisen, wie der Arbeitslosigkeit durch Hunger getrieben wird, zum Rohrbrüder zu werden. Die Sache selbst hat aber noch eine andere Seite und das ist die, wenn die besser siuerten Kollegen fortwährend um sich herum einen Lohn solcher Kollegen haben, die durch Arbeitslosigkeit gebracht werden, oder durch geringere Leistungsfähigkeit den Gefahren der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind, dort lebt bei ihnen das Streben nach Verbesserung ihrer Lage auf, denn es steht da leicht der Gedanke durch: „Du hast eigentlich gar keinen Grund dazu umgezieden zu sein, deinen geht es noch schlechter.“ Das allgemeine Streben nach vorbildlich wird gehemmt, wenn wie nicht vorbildlich selbst demt, einen jeden unserer Kollegen durch die Organisation gegenübersetzen zu müssen.

Frage wir an: „Gehen wir von der idealen Seite des Gewerbes aus, kann man jetzt die Beobachtung machen, wo der arbeitslose Familienvater mit sonst den Seinen hunger, dabei aber gar oft noch zu Fuß ist, sein Kindern mettern zu lassen. Das Herz kämpft sich einen zusammensetzen bei diesem Zustand und schaut auf den Hörn über diese verrotte Wirtschaftswelt. So, wenn der Arbeiter nicht zu Fuß wäre, weil all seinem Elend, es würde jetzt in gerade erfreulicher Weise zur Lage treten. Das wir durch die Arbeitslosenversicherung das Elend nicht aus der Welt loslösen können, ist allerdings klar, aber zu führen müssen wir uns gegenwärtig suchen und mehr Opportunität an den Tag legen im Interesse unseres Kampfes selbst, zu welchem unserer ganze Energie gebotet und die zu führen unsere Aufgabe sein muss. Wie ist mir die Einrichtung bei uns diente, davon ein andermal.“ R. B.

## Ein sächsisches Juwel

als Buchhaus — parson Fabrikordnung — heißt die Schuhfabrik Hoffmann u. Senger. In wannig langen Paragraphen wird den Arbeitern klar gemacht, welche Pflichten sie haben. Zehn davon haben als Strafen sofortige Entlassung zur Folge. Von Seiten der Arbeiter ist natürlich keine Spur vorhanden. Wer zu spät zur Arbeit kommt, muss durch das Kontor. Wiederholtes

Büspäckkommen kann mit Schadenerst oder sofortiger Entlassung bestraft werden. Die Beleidigung des Schadensleiters steht dem Werkführer zu. Die Fournituren müssen aus der Fabrik entnommen werden, natürlich auch wenn sie bedeutend höher im Preise sind als beim Händler. Wenn man nun weiß, dass es auch in diesen Schuhfabriken gibt, die ein ganz bedeutendes Maß, als der Händler erhält, sich von den Arbeitern beklagen lassen, wird man diesen Paragraphen erst schärfen können. Wird ein Arbeiter krank, so hat er sich sofort zu entschuldigen oder entschuldigen zu lassen. Hat er nun nicht selbst die Kraft, oder hat er sonst niemand, der nach der Fabrik geht, ist zu entschuldigen, so wird er als gewohnheitsmässiger Dummkopf angesehen und kann sofort entlassen werden. Eine andre Perle dieses ganzen Jubels ist aber der § 13, den wir bestimmt in seinem ganzen Wortlaut wieder sehen wollen. Ganz selbstverständlich:

Für den Fall der rechtwidrigen Auflösung des Arbeitsvertrages verzahlt der Arbeitgeber seinen rückständigen Lohn bis zur Höhe des durchschnittlichen Wochenverdienstes. Der verstrichene Betrag fließt in die Unterstützungsstufe zur Berufseinstieg am Schulunterricht Ersatz.

In einem weiteren Paragraphen wird vom Arbeitgeber erwartet, daß er seinem Vorleser anständig und höflich entgegenkommt. Der Gebrauch unanständiger Redensarten, Verhöfe gegen die guten Sitten, Spottäußerungen gegen die Mitarbeiter, Aufdringlichkeit gegen die Aufsichtsbehörde des Betriebs, Nichtbefolgung der Anordnung des Betriebsmeisters sowie Gouvernanzhandlung gegen die Arbeitsordnung werden mit sofortiger Entlohnung bestraft. Verböten ist ferner der Grausamkeiten aller Art. Vergegenwärtigt man sich noch, daß der Betriebsmeister allein ein sehr neröder Herr ist, in dessen Händen das Schicksal eines Arbeiters des Fabrik liegt, so bekommt man ungefähr einen Einbruck, wie „wohl“ sich die Arbeiter dort fühlen müssen. Rechte haben nach diesen höchst eigener Meinung die Arbeiter in der Fabrik überhaupt nicht, die indigen sie sich dem Gewerbegericht suchen. Welchen „anständigen“ Redensarten der Herr Betriebsmeister für den Arbeitern gegenüber bedient, wissen die Arbeiter auch ohne Kenntnis.

Nach unserer simplen Aufsicht ist die ganze Arbeitsordnung ungestört. Aus der uns vorgelegten war nicht zu ersehen, ob dieselbe von der Behörde genehmigt ist. Wir werden aber nicht verfehlern, an möggebender Stelle auf diese Normur auferksam zu machen. Mit dem höllischen Berlinerfeuer müssen natürlich die Arbeiter selber fertig werden. Das können sie natürlich nur, wenn sie sämlich organisiert sind. (Erfurter „Tribüne“.)

## Zur bayerischen Landeskongress.

Wie aus der letzten Nummer des „Sachblatt“ zu ersehen ist, beruht die Tätigkeitskommission für Norddeutschland einer Landeskonferenz nach Nürnberg. Nun in Einsicht dieses selber dafür, daß eine Konferenz abgehalten wird, unumstößlich, als ob man in andern Landesteilen jolche längst stattgefunden haben; anderthalb aber auch deswegen, da jolche Befreiungen für die Beschlüsse der Generalversammlung verhälbt sind. Doch in anderer Beziehung sind diese Konferenzen von Bedeutung für die Organisation: es wird mehr Einmündigkeit über die Organisationsfragen erzielt und die auf der Generalversammlung faßlicher und schärfer erledigt. Was mir aber nicht gefällt, ist die Bestimmung, daß die entstehenden Delegationsschulen die einzelnen Sektionen zu tragen haben. Belämmlich ist jede Sektion berechtigt, bis zu 100 Mitgliedern 2 Delegierte, für jedes weitere Hundert einen Delegierten mehr zu entsenden. Für Nürnberg z. B. würde dadurch ein Kongressaufwand von über 100 M. entstehen. Diese Ausgabe zu tragen, in woh keinem Gespächts imstande, denn von den 20 Prozent bleibt nicht viel übrig.

Deshalb bin ich der Meinung, daß auf der Generalversammlung bestimmt wird, der Abhaltung von Landeskonferenzen eine feste Form zu geben und deren Kosten durch die Generalstaaten zu beden.

Soziale Rundschau.

Aus dem Berichte des sozialdemokratischen Partei-  
vorstandes für das Geschäftsjahr 1900/1901, der jüngst des  
verehrten Altmessers Liebhaber ebenso gedenkt und sodann die  
vorgelesenen Ereignisse sowie die Tätigkeit des Parteienvorstandes  
in der gesamten Partei betrifft, entnehmen wir in finanzieller  
Hinsicht, daß die Einnahmen infolge Raffensteins von 4862 Mt.  
aufzählen 322 497 Mt. und die Ausgaben 291 788 Mt. betragen,  
wodurch ein Überstand von 30 703 Mt. erzielt wurde. Von den  
Einnahmen ausserdem erwähnen wir überdurchs das "Bördaß" von  
4864 Mt., Bitten 14 718 Mt., allgemeine Einnahmen 177 274 Mt.,  
sowie Rücknahmen 38 635 Mt., von den Ausgaben  
71 929 Mt. für Agitation, 35 911 Mt. für Wahlagitation,  
12 045 Mt. für Unterhaltungen, 2900 Mt. Wehrabstafelkosten,  
87 377 Mt. Preiunterstützungen, 42 708 Mt. Darlehen, 7599 Mt.  
Projekts- und Gönningstösse, 15 870 Mt. Betriebsausgaben.  
Der "Bördaß" hat leider bereits 1000 Abonnenten unter dem  
Drucke der Krise verloren, die Abonnentenzahl ist von 56 000  
auf 55 000 zurückgegangen. Erfreulich ist das Anwachsen des  
politischen Einflusses der Sozialdemokratie, indem sie bereits in 17  
von 24 Landtagen vertreten ist, besitzt in mehr als 200 Gemeinden  
vertretungen, wovon allein 145 auf Sachsen entfallen. — Auf  
dem Parteitag im Uebertz mache der Parteisachverständige Schmid  
die freudig überstreichende Mitteilung, daß der jüngst in Norden  
verborgene bejähzte Parteileiter Schmid z. Partei ein Ende  
von 40 000 Mt. hinterlassen habe. Das Vorgehen verdient alle-  
seitige Nachahmung.

Die **Maister-Resolution**, welche auf dem Parteitag in Lubec beschlossen wurde, lautet: "In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeitersymposien zu Paris 1889, Brüssel 1891, Bariid 1893, London 1896 und Paris 1900 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Werkfest der Arbeit, gewidmet den Klaufenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die wichtigste Feier des ersten Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsschule. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeitervororganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsschule am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsschule vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen." — In der folgen Debatte hierüber wurde auch das Vorhaben der Fortbildung des Holzgerber- und Metallarbeiter-Verbandes gefordert, welche anlässlich der letzten Maister die Mitglieder vor Vorbehalt bei dem Maister durch Arbeitsschule maßten und die deswegen starke Aussegnung erfuhrten. Die Mittelungen in der Debatte, das sich Gewerkschaftsmitglieder, die ohne jede Gewalt hauen sefern können, auf jene Maßnahmen beriefen und nicht hinkamen, sind wohl kaum dazu geeignet, daraus Striche für eine Fortbildung zu ziehen, sie zeigen lediglich nur, daß es hier und da auch in den Vereinen sehr gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschulen Elemente gäbe, Infektionen und die Verbreitung, bei der letzten

Waiseler gemachten Erfahrungen allerdings bedeutsam. Im übrigen sind wir mit der vorliegenden Waiseler-Resolution, die nach frühere Resolutionen anlehnt und nichts neues bringt, einverstanden.

Der Verein für Sozialpolitik war in München versammelt, um in der Hauptfrage über die Wohnungsfrage und die Polizeiwillkür zu verhandeln. Zur Regelung der Wohnungfrage wird ein Gesetz gesucht, ferner die Errichtung eines sozialen Wohnungsbau, sowie einzelstaatlicher und kommunaler Wohnungsbüros und Wohnungsinstitutionen, endlich die Förderung des genossenschaftlichen Bauwesens und der Bautechnik. In Sagen der Polizeiwillkür sah die Ergebnisse der Verhandlungen der

Besitzende v. Verlebisch dahin zusammen, daß durch eine Erhöhung der Getreidepreise eine ungünstige Beschlebung des Lebens-  
haltung der Arbeiter eintrete würde. Als die wichtigste Über-  
einstimmung in den Ansichten ist zu bezeichnen, daß von allen  
Seiten die Notwendigkeit langfristiger Handelsverträge aner-  
kannt ist.

**Weitere Bekleidung eines Streikbrecheragenten.** d. h.

Wegen Beleidigung eines Strafbrengers, s. v. eines Mannes, der beim Steinfeuer in Wandsbæk plaudrig Stellbrecher angeworben hat, ist der Vorsteher der Wandsbæk's des Steinfeuer-Verbandes zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt worden. Die Vorsteuer hatte nämlich den Agenten, weil dieser unter Beschuldigung des Umstandes, daß in Wandsbæk gefeiert wird, Steinfeuer nach dort geliefert, einen Schwundelagenten.

---

### Mittelungen

## Mitteilungen.

**Berlin.** (Situationsbericht vom 3. Quartal) Den von allen Teilen Deutschlands laut gewordenen Klagen über den schlechten Geschäftszugang in der Schuhindustrie melden auch wir uns leider an. Auch hier herrscht große Arbeitslosigkeit und wirkt diese recht stürzbar auf die Arbeitsverhältnisse ein. Um die Situation in den Schuhfabriken in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse schlußfassen, wurden von den Betriebsräteinnahmen in einer Sitzung diesbezügliche eingehende Berichte gegeben, die noch durch weitere Umfragen ergänzt wurden. Die Berichtserstattung erstreckt sich auf 32 Fabriken, die hauptsächlich für die Schuhindustrie Berlin in Betrieb kommen. Von diesen Fabriken arbeiten zur Zeit 7 Fabriken mit teilweise bedeutender Reduzierung Arbeitszeit und verlängelter Arbeitstag. Der Ausfall an Arbeitslohn wurde von einem Drittel bis zur Hälfte der früheren Höhe angegeben. In 15 Fabriken wurde zwar die volle Arbeitszeit eingehalten, jedoch nicht voller Beschäftigung und einem Ausfall bis zu einem Drittel des früheren Verdienstes. In den übrigen Fabriken waren die Verhältnisse normal. In 3 Fabriken wurde auf Lösung von Überarbeiten gedrängt. Bemerkenswert hierbei ist, daß diejenigen Fabriken, von denen ein starker Geschäftszugang berichtet wurde, in der Mehrzahl solche sind, welche dem Fabrikantenverbande nicht angehören. Diese Ercheinung ist wohl auf den in Fabrikage kau-

gefundenen andauernden Kampf juristisch zu führen. Thatsache ist, daß ausserordentlich grössere, dem Verbände angehörige Betriebe die Hälfte ihrer früheren Bedeutung eingebüßt haben, während anderseits außerhalb des Verbändes gelegene Berliner Fabrikationen die Produktion bedeutend erweiterten. In dem großen Berlin, wo gegenüber der gewaltigen Bedrohung die Angehörigen der Schuhindustrie wenig ins Gewicht fallen, tritt die Arbeitslosigkeit allerdings nicht so überwältigend zu Tage, wie in kleineren Städten, in welchen unser Gewerbe vorherrschend ist. Einwas mildnernd fällt auch ins Gewicht, daß Berlin so reich die Heimat der kleinsten Fabriken, welche wir mit dem Namen „Deutsch“ bezeichnen, ist. Nichts beweisender ist die Arbeitslosigkeit auch in herbederer Form aufzudeckend; sie dokumentieren sich durch regellose Besetzung, vermehrte unsichere Ersparnisse und niedrigen Verdienst. Das sich die Herren Arbeitgeber das übergrössige Angebot von Arbeitskräften zu weiteren Graubräuderung der Löhne zu nutze machen, ist selbstverständlich. Im frischen Gedächtnis wird es noch den Kollegen sein, wie Mitglieder des Fabrikanterverbandes nach der Aussperrung die Abmachungen, durch welche dieselbe beendet wurde, brachen und teilweise auch bedeutende Lohnreduktionen vornahmen. Die Füllschuhfabrik von Schweiger, welche mit die niedrigsten Löhne zahlt, stellte eifrig nach an die Einleiter das Antriften, einen neu eingeführten Artikel um ein Drittel billiger zu arbeiten, als der sonst übliche Preis beträgt, die Antwort der Einleiter war, daß sie gekauft hätten, die Fabrik verließen. Der Richter-Bodensatzfabrik Zeiske, Inhaber einer auch eifrig vor kurzem gegründeten Schuh-

fabrik, glaubt der Konkurrent nicht anders die Spitze hiezen zu können, als daß er für die Zwider pro Paar noch 3 M. weniger bezahlt wie die sonstigen schlechten Lohnlässe. Der Umstand, daß Herr Jäckle für eine zweite Fabrik welche höhere Wöhne bezahlt übernahm und so unmittelbar aus die Herausbildung dieser Lohnsätze einflußte, veranlaßte die Zwider des Herrn Jäckle solche Lohnabfälle vorzulegen. Der Fabrikant sagte zwar zu, keine weiteren Arbeiten mehr von der andern Fabrik zu übernehmen, ledachte jedoch die Erhöhung der Wöhne mit Rücksicht auf die Gehaltung seiner eigenen, angeblich recht beschiedenen Erfüllungen rückwärts ab. Herr Jäckle ist ein so frommer Mann, der zur ehrlichen Behauptung seiner Frömmigkeit einer besonneren Setze angehört, die sich untereinander Brüder nennen. Diese ehrliche Behauptung hindert den Mann aber durchaus nicht, seine wadelige Erfüllung auf die besondere Ausdeutung seiner lieben Münchener zu begründen. Ja noch mehr, als am andern Tage in Underdruck der gegenwärtigen mühseligen Verhältnisse die Zwider die Erläuterung abgaben, von den Bonifizierungen Abstand zu nehmen, fühlte sich der fromme Mann veranlaßt, jedenfalls nach den Grund ärgern zu danken: „Siehe delten näherlich wie dich selbst und thue wohl benen lo auch hoffen“, drei der beteiligten Arbeiter hinaus zu werfen — Die Arbeitsbeschafflichkeit der Salinen, welche für

werfen. — Die Arbeitsverhältnisse der Kollegen, welche für die besseren Maßgeschöfte thätsig sind, scheinen nach verschiedenen Berichten noch nicht von dem wirtschaftlichen Rückgang beeinflußt zu sein. Dagegen berichtet unter den Kollegen, welche bei den Kleinmeistern und in Beobachtanstalten arbeiten, ebenfalls groÙe Arbeitslosigkeit. — Im Frühjahr unternommene Verträge, einen einheitlichen Mindesttarif zur Durchführung zu bringen, kann wohl als gelungen angesehen werden. Die Innung hat sich als umfänglich erwiesen, die Vereinbarungen bei ihren Mitgliedern zur Anwendung zu bringen. Diese Erfahrung hat uns wieder aufs neue gelehrt, daß die Verbesserung der Lage der Arbeiter nur das Ziel der Arbeitsetherapie selbst sein kann. Eine dauernde Verbesserung herabgesetzte Lasse ist aber nur auf Grund einer starken Organisation möglich. Trotz aller aufgewandten Mühe hat die Organisation in diesen Kreisen der Kollegen nicht den notwendigen Eingang gefunden, einer kleinen Anzahl Organisierter steht die große Mehrzahl indifferent gegenüber. — In großen und ganzen hat die Organisation trotz der wirtschaftlichen Depression ihren alten Stand nach dem Ausland behauptet. Am Schluß des Quartals zählte die Fabrik 1475 Mitglieder, die zur Hauptrasse wurden 2625.50 für die Volkssoße 1304.98 Mt. verbraucht. Die freiliegenden Glasarbeiter wurden mit 250 Mt. und die ausgebildeten Ladungsschalter mit 100 Mt. unterschütt. Zur Deckung der Verwaltungsaufgaben standen 6 Vorstands- und Betriebsrämer-Sitzungen statt. Auger den notwendigen Vereinsversammlungen fanden am Zwecke der Agitation und Gediegnung kleine Differenzen 11 Fabrik- und Beobachtungsforen statt, in welchen Mitglieder der Agitationskommission vertreten und die von 227 Personen bejagt waren. In diesem Quartal wird mehr, in eine reitere Motivation, eine

In diesem Quartal wird wieder in einer regen Agitation eingetreten werden.

**Großriedersdorf.** In einer öffentlichen Schuhmacherversammlung, die den Bergbauern nach hätte besucht sein können, referierte Frau Dünler aus Leipzig über: „Die Kämpfe der Arbeiter und die Vorteile der Organisation“. In sachlichen und leicht verständlichen Ausführungen hörte die Rednerin den Kollegien ihre traurige Lage vor Augen, freute die Erhöhung des Lebensmittelzolls und führte eine Ränge Unannehmlichkeiten an, die daraus entstehen werden. Die Referentin ging dann näher auf die Aufgaben der Gewerkschaften ein. „Sie zwar dessen sozialen und Arbeitsverhältnisse, Verstärkung der Arbeitszeit als die nächsten Aufgaben zu betrachten, so müssen unsere Gewerkschaften aber doch gleichzeitig bestreben sein, Einfluss auf die Gesetzgebung, insbesondere in sozialpolitischer Beziehung, zu erlangen. Die Rednerin erörterte auch die Frauenfrage und meinte, daß da noch viel zu tun ist.“

wesenden auf, nicht nur dem Verein deutscher Schuhmacher bei-  
gutirten, sondern auch für den Verein zu agitieren; jeder müsse  
ein Agitator sein. In der Diskussion sprachen mehrere Kollegen  
im Sinne der Befreierten und kritisierten das Blauärmchen, sowie  
den verhassten Alloborgus, der uns jede Achtung vor Kollegen  
und Verhältnissen raubt.

Freiburg i. B. Wie im letzten Berichte des "Nachblatt" schon erwähnt wurde, hatten die Arbeitnehmer der Firma Grünmann Beschwerde bei dem Gesellenaufschwung erhoben über schlechte Behandlung, Nichtabgabung der Lohnbescheinigung u. s. w. Der Gesellenausflug reichte nun demgemäss Beschwerde vor dem Innungs- ausflug ein, worauf befiefse eine Sitzung zwischen Innungs- und Gesellenaufschwung einberufen, wozu die Firma Grünmann mit ihren fünf Arbeitern eingeladen war, welche auch alle erschienen waren. Diese Sitzung gefielte sich etwas lebhaft, besonders war es Herr Grünmann, welcher sich nicht an die parlamentarische Ordnung des Herrn Obermeisters gewöhnen konnte. Auch beklagte Herr G. die Meinung, daß es genüge, wenn er auch seine Arbeit nach ihren Leistungen entloste und stand nicht an, vor den Anwesenden die Arbeit nach ihren Leistungen aufzuzeigen. Hierfür wurde er jedoch von Herrn Härtiger (Innungsausschußmitglied) gebürgt gerechtfertigt und ihm bedeutet, daß er als Innungsausschußmitglied den jeweiligen Innung und Gesellen vereinbarten Tarif zu zahlen habe. Seitens des Gesellenaufschwusses wurde Herr G. dagegen die Fähigkeit abgeschritten, ein Urteil zu fällen über den Wert einer Arbeit. Nach längeren Auseinandersetzungen erklärte Herr G. endlich den Tarif klarstig einzuhalten und die Arbeitnehmer anhand dessen zu beurteilen. Hierauf schloß der Obermeister die Sitzung mit der Aufforderung an die Arbeitnehmer, auch seineswegs alle derartigen Beschwerden an das Innunggericht gelangen zu lassen, damit der vereinbarte Tarif endlich überall zur Geltung gelangt. Herr G. hat aber am andern Morgen zwei seiner Arbeitern aufs Pflichten gestellt, nachdem er allen seinen Arbeitern gekündigt und ihnen die Entstellung gemacht hatte, daß er von jetzt an kein Frühstück mehr koste mehr gebe. Die beiden Kollegen vertraten G. beim Gewerbegericht, wurden aber mit ihrer Klage abgewiesen.

Studienkosten müssen aber mit jeder Studie abgezogen werden. Im weiteren müssen wir die Kollegen noch darauf aufmerksam machen, daß die hiesige Schuhmacher-Zunft einen Festsitzungs-Veranstaltungsort, an dem weidende Pferde und Ochsen teilnehmen können. Wir verweisen unsere Mitglieder aufsichtlich darauf, weil die Begünstigung einer großen Zahl von Eintritt braucht man nur eine Part zu zapfen, also andere Unternehmen werden von der Zunft gefehlt. Wir hoffen, daß sich unsere Kollegen gleichfalls an diesem Kursus beteiligen.

beteiligen. Es sind zwei sehr nützliche Lehrer engagiert.  
München. Der Berlinerischer Paroch wurde, nachdem er trotz telegraphischer Gegenwehr eine Engagements nach München fuhr, aus Generalstall in der Schulhauptleiter eingeschafft mit einem Monatsgehalt von 135 M<sup>r</sup>. Die Zahlung ließ viel zu wünschen übrig. Rademeyer er aber nach eigenem Eingeständnis am 2. und 3. September wegen zu vielen Leintaus aus dem Geschäft entlassen und vom 11. bis 24. angeblich zu einer Gründcherverhandlung nach Regensburg abgeschafft wurde, erhielt er seine Entlassung, ohne daß ihm ein Lohn ausgestellt worden wäre und zwar deshalb, weil er bei seinem Hof mit 80 M<sup>r</sup>. Vorbehalt angefehlert war. Paroch lagte nun seinem Sohn vom 1. bis 11. mit 49,50 M<sup>r</sup>. ein, sowie für zwei Monate Schuhmehrschädigung im Gesamtbetrag von 150,50 M<sup>r</sup>. Bellagster beantragte Abweisung der Klage, da Kläger unpünktlich gekommen sei und vom 11. bis 27. September ununterbrochen vom Geschäft wegblieb. Weitere habe er die ihm unterstellten Arbeiter, vom Aussteuer bis zum Ausgeber, angepumpt. Bellagster hat dem Kläger unter dem 20. September nach Regensburg geschrieben, das er nicht mehr zu kommen braunde. Dieser habe aber in einem Brief an den Chef um Vergeltung gebeten für alle begangenen Fehler; er habe nun mit seiner Vergangenheit abgeschlossen. Er verbrad, ein ordentlicher Mensch zu werden und in Zukunft mit

vertrat, ein vorsichtiger Vertrag zu verbinden und in Zukunft mit doppeltem Eifer für das Geschäft zu thun und für zwei Jahre zu arbeiten. Der Herr Wertheimer würde nämlich wegen eines im Eigentum verbliebenen Betriebs nach Biegitz transportiert, abgetrennt und müsste seine Strafe sofort abzahlen. Auch die von den Firmen Leiter eingezogenen Erfordernisse in andern Schuhfabriken laufen äußerst ungünstig für den Herrn Wertheimer. Die Auskunft von Biegitz lautet, daß er mit den Arbeitern so groß war und seine moralische Führungs- und Beauftragungsfähigkeit so stark, daß sie in Biegitz mißtraut und als Gefahr für das Gewerbe angesehen wurde. Sie mußten daher auf dem Gewerbeamt wegen strenger Strafe gegen ihn vorliegen, um ihn vom Hause zu bekommen. Aehnlich lauten einige weitere Auskünfte. Bellagier Leiter überglückt weiter noch einen Schultheis, inhaltlich defens der Wertheimer an dem Sche noch 72 M. schuldet, dazu kommt noch der Betrag von 9 M. für ein Paar von ihm begalteten Stiefel. Ein Vorschlag des G.woz-richters ist Bellagier Leiter bestellt, vergleichsweise 20 M. zu zahlen, aber nur unter der Bedingung, daß davon der Betrag von 10 M. an den Buchdrucker und 6 M. an den Ausgeber, was die beiden vom Herrn Wertheimer noch zu fordern haben, in Abzug gebracht werde, da selbe, wie Bellagier Leiter als auch der Gewerberichter bestont, nach Lage der Sache sonst in ihrem Leben ihr Geld nicht wiedersehren würden, so das Bartsch noch 4 M. herauszustehen und alle gegen seitigen Ansprüche ausgleichen seien sollen. Nach Lage der Sache bleibt dem Wertheimer nichts anderes übrig, als auf den Vergleich einzugehen. Herr Bartsch hat also ganz bedeutend mit sich handeln lassen — müssen. Auch dieser Fall zeigt wieder, mit welchen Verdauungen die Justiz in Sachsen ankommt und müssen.

welchen Individuen sich die Arbeit nur herumbringen müssen.

**Offenbach a. M.** Da in letzter Zeit der Zugang nach hier ein sehr starker ist, sieht sich die bisherige Ortsverwaltung genötigt, die Offenbacher Bevölkerung etwas näher zu beleuchten. Infolge des augementierten Kreislaufs der Geschäftsgänge in der Schuhindustrie ein beträchtlicher Fluss, das schon seit einigen Monaten in den meisten Fabriken nur 4 bis 5 Tage in der Woche gearbeitet wird und die Leute zeitweise Stundenlang auf Arbeit warten müssen. Auch ist die Arbeitserfolg bedeutend reduziert worden. Dazu kommen noch vier Konkurse von Schönf. Söhne, Catta u. Co., Lindemann u. Söhn und B. Jung. Dadurch brachte noch die zum Offenbacher Besitz gehörige Überräder Fabrik von Heinrich Strauss ebenfalls niedrig. Wunder dauerb. 300 bis 350 Arbeiter und Arbeitnehmer brotlos, so kommt noch hinzu, das sich die Firma Lang u. Ries in nächster Zeit auflösen wird, wodurch das hier Arbeitslose bedeutend vermehrt wird. Wenn den Kollegen in ihrer trostlosen Lage noch die Hoffnung blieb, bei der Eröffnung der Firma Wallenstein u. Kleebmann und deren bedeutenden Betriebsverewuerungen vielleicht noch Arbeit zu erhalten, so haben sie sich hierin nur zu sehr getäuscht. Bei einem Frühschoppen, das Herr E. bei der Eröffnung seines Musterbetriebes seinem gesamten Personal gaben, berief er seine Freunde dahin Ausdruck, daß mit ihm die besten und tüchtigsten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gegangen seien und er mit diesem Arbeiternmaterial in der Lage sei, jetzt Konkurrenz gegenüberzutreten zu können. Selbst im „Schuhmarkt“ behauptet Herr W. in großartigen und respektlosen Auseinandersetzungen mit seinem früheren Teilhaber L. das nur die tugendhaftste mit ihm gehen. Und was erleben wir nun? Es geht mit einem Male die Seite nicht mehr leistungsfähig, es wird verschüttet mit allen Mitteln bestrebt zu schieden und die Stellen mit auswärtigen Arbeitern zu besetzen, wobei besonders Düsseldorf bevorzugt werden, trotzdem hier am Orte genug Leute zur Verfügung stehen. Es liegt demnach klar auf der Hand, daß Herr E. beschäftigt, einen Eindruck zu machen, um die mit seinen älteren Arbeitern vereinbarten Wochentlöhne nach und nach zu befehligen. Ganz ähnliche Verhältnisse herrschen in der Schuhfabrik „Hafsa“ des Herrn Liebmann. Auch dieser läßt sich durch den Direktor, Herrn Göbel, aus Brüssel Arbeitnehmer importieren, die leistungsfähiger und das die Hauptfache ist, billiger sein sollen. Wo fuhrt auch hier die Erwartungen erfüllt werden, müssen wir wohl beweisen. Kollegen, ihr habt daran, daß die fabrikanten diese Kreislaufe benutzen, um die gemachten Vereinbarungen rückgängig, die Arbeitnehmer jedoch zu willensloren Slaven zu machen. Alle Offenbacher Kollegen, welche mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berge stehen, werden brennkleid nicht einzestellen, während fremde, mit

